

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Autorenverzeichnis .....	VII
Inhaltsübersicht .....	XIX
Abkürzungsverzeichnis .....	LV

## TEIL I: STEUERRECHT

### SONDERRUBRIK

#### Der COVID-19-Fixkostenzuschuss für Konzernunternehmen

*Gunther Lang/Lukas Bernwieser*

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Fixkostenzuschuss Phase I .....</b>	<b>7</b>
2.1. Allgemeines .....	7
2.2. Höhe und Zeitraum .....	8
2.3. Besonderheiten bei der ersten Tranche .....	9
2.4. Antragstellung und Auszahlung .....	9
2.4.1. Antragstellung .....	9
2.4.2. Auszahlung .....	11
2.5. Wie haben die Antragstellung und Berechnung im Konzern zu erfolgen? .....	12
2.6. Neugründungen und Umgründungen .....	14
2.7. Welche Fixkosten sind begünstigt? .....	15
2.8. Wie ist im Fall von Vorauszahlungen bzw gestundeten Zahlungen vorzugehen? .....	17
2.9. Können Zahlungen/Aufwendungen gegenüber Konzernunternehmen als Fixkosten geltend gemacht werden? .....	17
2.10. Voraussetzungen für die Beantragung eines Fixkostenzuschusses .....	19
2.10.1. Sitz oder Betriebsstätte in Österreich .....	19
2.10.2. Betriebliche Einkünfte im Rahmen einer operativen Tätigkeit .....	19
2.10.3. Keine aggressive Steuerplanung bzw Finanzstrafe .....	20
2.10.4. Umsatzausfall von mindestens 40 % durch COVID-19 .....	21
2.10.5. Setzung zumutbarer Maßnahmen, um die zu deckenden Fixkosten zu reduzieren .....	22
2.10.6. Kein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ .....	23
2.10.6.1. Wann liegt ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“ vor? ....	23
2.10.6.2. Wann liegt ein KMU vor? .....	24
2.10.6.3. De-minimis-Regelung .....	25

2.11.	Ausschlusskriterien für den Fixkostenzuschuss .....	25
2.11.1.	Das Unternehmen steht im öffentlichen Eigentum .....	25
2.11.2.	Keine Kündigung von Mitarbeitern .....	26
2.11.3.	Zahlungen aus dem Non-Profit-Organisationen- Unterstützungsfonds .....	26
2.11.4.	Neu gegründete Unternehmen .....	26
2.12.	Erforderliche Bestätigungen und Verpflichtungen .....	27
2.12.1.	Bestätigungen des Unternehmens .....	27
2.12.2.	Bestätigung durch den Steuerberater, Wirtschaftsprüfer oder Bilanzbuchhalter .....	27
2.12.3.	Verpflichtungen des Unternehmens .....	28
2.12.3.1.	Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitsplätze .....	28
2.12.3.2.	Gewinnausschüttungen .....	29
2.12.3.3.	Bonuszahlungen .....	30
2.13.	Prüfungsverpflichtungen, Datenabfragen und Strafdrohungen im Zusammenhang mit dem Fixkostenzuschuss .....	30
2.13.1.	Bei der Einreichung .....	30
2.13.2.	Datenabfragen und -übermittlung bei der Einreichung .....	31
2.13.3.	Nachträgliche Überprüfung .....	32
2.13.4.	Strafbestimmungen .....	33
2.14.	Rückzahlung .....	34
<b>3.</b>	<b>Fixkostenzuschuss Phase II</b> .....	<b>35</b>
3.1.	Allgemeines .....	35
3.2.	Höhe und Zeitraum .....	36
3.3.	Besonderheiten bei der ersten Tranche Phase II .....	38
3.4.	Auszahlung .....	39
3.5.	Welche Fixkosten sind begünstigt? .....	40
3.6.	Voraussetzungen für die Beantragung eines Fixkostenzuschusses in Phase II .....	41
3.6.1.	Steuerliche Missbrauchsbestimmungen .....	41
3.6.2.	Unternehmen in Schwierigkeiten .....	42
3.6.3.	Insolvenz .....	42
3.7.	Bestätigungen und Verpflichtungen Phase II .....	43
3.8.	Zusammenfassung der wesentlichen Unterschiede zu Phase I .....	43
<b>4.</b>	<b>Der Konzernbegriff der Fixkostenzuschussrichtlinien</b> .....	<b>43</b>
4.1.	Allgemeines .....	43
4.2.	Der Konzernbegriff des § 15 AktG .....	44
4.3.	Partnerunternehmen und verbundene Unternehmen im Sinne des EU-Regulativs .....	46
4.3.1.	Partnerunternehmen .....	47
4.3.2.	Verbundene Unternehmen .....	48
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>49</b>

I. STRUKTURELLE ÜBERLEGUNGEN IM KONZERN

**Missbrauch iSd § 22 BAO**

*Matthias Petutschnig/Kristin Resenig*

<b>1. Einleitung</b> .....	55
<b>2. Missbrauch</b> .....	56
2.1. Bisherige VwGH-Rechtsprechung zu § 22 BAO .....	56
2.1.1. Außentheorie .....	56
2.1.1.1. Objektive Voraussetzungen .....	56
2.1.1.2. Subjektive Voraussetzungen .....	59
2.1.1.3. Rechtsfolgen .....	60
2.1.2. Innentheorie .....	60
2.1.3. Zwischenfazit .....	62
2.2. Missbrauch iSd Art 6 ATAD .....	62
2.2.1. Allgemein .....	63
2.2.2. Objektive Voraussetzungen .....	63
2.2.3. Subjektive Voraussetzungen .....	65
2.2.4. Rechtsfolgen .....	67
2.2.5. Zwischenfazit .....	67
2.3. Missbrauch idF JStG 2018 .....	68
2.3.1. Allgemein .....	68
2.3.2. Objektive und subjektive Voraussetzungen .....	70
2.3.3. Rechtsfolgen .....	74
2.3.4. Die Rolle des EuGH .....	75
2.3.5. Verhältnis § 22 BAO zu besonderen Missbrauchsklauseln .....	76
<b>3. Zusammenfassung</b> .....	77

**Besonderheiten des Unternehmenserwerbs**

*Gerald Kerbl/Matthias Petutschnig/Gottfried Sulz*

<b>1. Einleitung</b> .....	83
<b>2. Erwerb und Veräußerung internationaler Schachtelbeteiligungen</b> .....	83
2.1. Internationale Schachtelbeteiligungen iSd § 10 Abs 2 KStG .....	83
2.2. Wertänderungen internationaler Schachtelbeteiligungen .....	85
2.3. Anschaffung, Entstehung und Erweiterung internationaler Schachtelbeteiligungen .....	86
2.4. Veräußerung einer internationalen Schachtelbeteiligung .....	90
<b>3. Unternehmenserwerb und Gruppenbesteuerung</b> .....	91
3.1. Optimale Gestaltung des Erwerbszeitpunkts .....	91
3.2. Erwerb des Gruppenträgers .....	93
<b>4. Unternehmenserwerb und Verlustvortrag</b> .....	94
4.1. Der Verlustvortrag .....	94

4.2.	Der Mantelkauf .....	95
4.2.1.	Der Zeitpunkt des Mantelkaufs .....	95
4.2.2.	Die Tatbestandsmerkmale des Mantelkaufs .....	96
4.2.3.	Die Ausnahmen vom Mantelkauf .....	98
<b>5.</b>	<b>Unternehmenserwerb mittels Kapitalerhöhung .....</b>	<b>100</b>
5.1.	Kapitalerhöhung als Veräußerungsvorgang .....	100
5.2.	Die Kapitalerhöhung als Anschaffungsvorgang .....	104
<b>6.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>105</b>

**Personengesellschaften im Konzern –  
Ausgewählte Fragestellungen aus ertragsteuerlicher Sicht**

*Katharina Haselsteiner*

<b>1.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>109</b>
<b>2.</b>	<b>Personengesellschaften im Ertragsteuerrecht .....</b>	<b>110</b>
2.1.	Allgemein .....	110
2.2.	Mitunternehmerschaft und Art einer Mitunternehmerschaft .....	110
2.2.1.	Betriebliche Personengesellschaft .....	110
2.2.2.	Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	112
2.3.	Einkunftsart(en) .....	112
2.3.1.	Betriebliche Personengesellschaft .....	112
2.3.2.	Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	113
2.4.	Gewinnermittlung und Überschussermittlung .....	113
2.4.1.	Betriebliche Personengesellschaft .....	113
2.4.1.1.	Theorien zur Gewinnermittlung .....	113
2.4.1.2.	Leistungsbeziehungen Gesellschaft – Gesellschafter .....	116
2.4.1.3.	Ergebniszurechnung .....	117
2.4.2.	Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	118
2.4.2.1.	Leistungsbeziehungen .....	118
2.4.2.2.	Ergebniszurechnung .....	118
2.5.	Veräußerung von Anteilen an Personengesellschaften .....	119
2.5.1.	Betriebliche Personengesellschaft .....	119
2.5.2.	Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	120
2.6.	Zwischenfazit .....	121
<b>3.</b>	<b>Praxisbezogene Fragestellungen zu Personengesellschaften aus Sicht des Konzernsteuerrechts .....</b>	<b>121</b>
3.1.	Ergebnisfeststellung gem § 188 BAO .....	121
3.1.1.	Allgemein .....	121
3.1.2.	Betriebliche Personengesellschaft .....	122
3.1.3.	Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	122
3.2.	Einlagen und Entnahmen in Personengesellschaften .....	123
3.2.1.	Allgemein .....	123
3.2.2.	Betriebliche Personengesellschaft .....	124
3.2.2.1.	Bewertung von Einlagen und Entnahmen .....	124

3.2.2.2.	Unentgeltliche Übertragung von Wirtschaftsgütern aus dem eigenen Betrieb des Gesellschafters in dessen Sonderbetriebsvermögen und umgekehrt .....	125
3.2.2.3.	Übertragung von Wirtschaftsgütern aus dem eigenen Betrieb oder Sonderbetriebsvermögen des Gesellschafters in das Gesamtvermögen und umgekehrt .....	125
3.2.3.	Vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	125
3.2.3.1.	Allgemein .....	125
3.2.3.2.	Übertragung von Wirtschaftsgütern an die vermögensverwaltende Personengesellschaft .....	126
3.2.3.3.	Überführung von Wirtschaftsgütern von der vermögensverwaltenden Personengesellschaft .....	126

## Ausgewählte Fragestellungen zur Gruppenbesteuerung

*Lukas Bernwieser/Christian Fichtinger*

<b>1. Grundkonzept der Gruppenbesteuerung</b> .....	129
1.1. Voraussetzungen für die Gruppenbildung .....	130
1.2. Rechtsfolgen der Gruppenbesteuerung .....	132
1.3. Instrumente der Verlustberücksichtigung nach dem KonStG 2020 .....	134
1.3.1. Der neue COVID-19-Verlustrücktrag .....	134
1.3.2. COVID-19-Rücklage .....	138
<b>2. Gruppenbesteuerung und Vorteilhaftigkeitserwägungen</b> .....	141
2.1. Situationen, in denen die Gruppenbesteuerung vorteilhaft ist .....	141
2.2. Situationen, in denen die Gruppenbesteuerung nachteilig sein könnte .....	143
2.3. Anpassung von Unternehmensgruppen an neue Rahmenbedingungen .....	144
<b>3. Ausgewählte Fragestellungen zur Gruppenbesteuerung</b> .....	146
3.1. Herstellung der Unternehmensgruppe mit Abtretungsverträgen .....	146
3.1.1. Bedeutung der finanziellen Verbindung für Vertragsparteien .....	146
3.1.2. Taggenaue Betrachtung der finanziellen Verbindung .....	147
3.1.3. Wichtige Aspekte bei der vertraglichen Ausgestaltung .....	148
3.2. Gruppenbildung über mittelbare Beteiligungen .....	150
3.2.1. Möglichkeiten zur Herstellung der finanziellen Verbindung .....	150
3.2.2. Mittelbare finanzielle Verbindung über Personengesellschaften .....	150
3.2.3. Mittelbare finanzielle Verbindung über Gruppenmitglieder .....	154
3.3. Sandwich-Strukturen und Gruppenbesteuerung .....	159
3.3.1. „Beschränkter“ Einbezug ausländischer Gruppenmitglieder .....	160
3.3.2. Unionsrechtswidrige Beschränkung .....	161
3.3.3. Lösungsansätze .....	163
3.4. Liquidation und Gruppenbesteuerung .....	166
3.4.1. Liquidation des Gruppenträgers .....	166

3.4.2.	Liquidation eines Gruppenmitglieds .....	167
3.4.2.1.	Aktuelles Verständnis zur Liquidation eines Gruppenmitglieds .....	167
3.4.2.2.	Zweifelsfragen .....	168
3.4.2.2.1.	Mindestbestandsdauer und Zurechnung des Abwicklungsergebnisses an den Gruppenträger .....	168
3.4.2.2.2.	Gruppenzugehörigkeit nach Abschluss der Liquidation? ....	169
3.4.2.2.3.	Ergebniszurechnung von „Enkelgesellschaften“ .....	169
3.4.2.2.4.	Schlussausgleich .....	171

## **AIFM-Investmentfondsbesteuerung und Handlungsempfehlungen**

*Gerald Kerbl/Bernhard Winkelbauer*

<b>1. Einleitung</b> .....	175
<b>2. Ertragsteuerliche Folgen der (Um-)Qualifizierung in einen AIF</b> .....	176
<b>3. Alternativer Investmentfonds (AIF)</b> .....	179
3.1. Organismus für gemeinsame Anlagen (OGA) .....	181
3.2. Anzahl von Anlegern .....	182
3.3. Einsammeln von Kapital .....	183
3.4. Festgelegte Anlagestrategie .....	184
3.5. Investition zum Nutzen der Anleger .....	185
3.6. Keine unmittelbare Nutzung des Kapitals für operative Tätigkeiten ....	185
3.7. Ausnahmen vom AIFMG .....	187
3.7.1. Holdinggesellschaften .....	188
<b>4. Fondsbesteuerung in Grundzügen</b> .....	189
4.1. Investmentfondsbesteuerung .....	192
4.2. Immobilieninvestmentfondsbesteuerung .....	195
<b>5. Mögliche Problemfelder im Konzern</b> .....	198
5.1. Akquisitionsvehikel .....	198
5.2. Finanzierungsgesellschaften .....	200
5.3. Joint-Venture-Konstruktionen .....	202
5.4. Handlungsempfehlungen und Zusammenfassung .....	203

## **Die neue Meldepflicht nach dem EU-MPFG**

*Lukas Bernwieser/Pia Spanblöchl/Yasmin Wagner*

<b>1. Wesentliche Eckpunkte der Meldeverpflichtung nach dem EU-MPFG</b> .....	208
<b>2. Persönlicher Anwendungsbereich der Meldepflicht (wer muss melden?)</b> .....	209
2.1. Meldepflicht des Intermediärs .....	209
2.2. Meldepflicht des relevanten Steuerpflichtigen .....	211
2.3. Meldepflicht mehrerer Intermediäre bzw relevanter Steuerpflichtiger ....	212
<b>3. Sachlicher Anwendungsbereich der Mitteilungspflicht (wann liegt Meldepflicht vor?)</b> .....	213
3.1. Vorliegen einer „Gestaltung“ .....	213

3.2.	Von der Meldepflicht umfasste Abgabenarten .....	214
3.2.1.	Grunderwerbsteuer .....	215
3.2.2.	Rechtsgeschäftsgebühren .....	216
3.3.	Vorliegen einer grenzüberschreitenden Gestaltung .....	217
3.4.	Meldepflichtige grenzüberschreitende Gestaltung („Kennzeichen“) ....	219
3.4.1.	Unbedingt meldepflichtige Gestaltungen (§ 5 EU-MPFG) ....	219
3.4.2.	Bedingt meldepflichtige Gestaltungen (§ 6 EU-MPFG) .....	225
3.5.	Risiko der Steuervermeidung .....	232
3.6.	Zeitliches Element .....	234
<b>4.</b>	<b>Inhalt und Form der Meldung (was ist zu melden?) .....</b>	<b>234</b>
4.1.	Inhalt der Meldung einer meldepflichtigen Gestaltung .....	234
4.2.	Form der Meldung .....	235
4.3.	Meldefristen .....	235
4.3.1.	Meldefrist des Intermediärs .....	235
4.3.2.	Meldefrist des relevanten Steuerpflichtigen .....	237
4.4.	Verschiebung des Beginns der Meldefrist aufgrund von COVID-19 ....	238
<b>5.</b>	<b>Wirkung der Meldung .....</b>	<b>239</b>
<b>6.</b>	<b>Sanktionen bei Missachtung .....</b>	<b>240</b>
<b>7.</b>	<b>Umsetzung in den anderen EU-Mitgliedstaaten .....</b>	<b>241</b>
<b>8.</b>	<b>Handlungsempfehlungen für die Praxis .....</b>	<b>249</b>

## II. LAUFENDE BESTEUERUNG IM KONZERN

### *II.1. Abzugsverbote, Verlustverwertung und Gewinnzuordnung*

#### **Abzugsverbote im Konzern**

*Klaus Hirschler/Elisabeth Höltzsch/Gottfried Sulz/Michael Zwick-Pevny*

<b>1.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>257</b>
<b>2.</b>	<b>Vergütungen iSd § 20 Abs 1 Z 7 EStG und „Golden Handshakes“ (§ 12 Abs 1 Z 8 KStG) .....</b>	<b>257</b>
2.1.	Zielsetzung und Anwendungsbereich .....	257
2.2.	Management-Vergütungen .....	258
2.2.1.	Entgeltbegriff .....	258
2.2.2.	Dienstnehmer und vergleichbar organisatorisch eingegliederte Personen .....	260
2.2.3.	Sonderfragen .....	261
2.2.3.1.	Überlassung von Personen .....	261
2.2.3.2.	Aliquotierung der Höchstbetragsgrenze und Konzernumlagen .....	262
2.2.3.3.	Rückstellungen .....	265
2.2.3.4.	(Firmen-)Pensionen .....	266
2.2.3.5.	(Nicht-)Abzugsfähigkeit von Stock Options .....	268
2.3.	„Golden Handshakes“ .....	268

<b>3. Zinsen bei fremdfinanziertem Konzernwerb von Kapitalanteilen</b>	
( <b>§§ 11 Abs 1 Z 4 und 12 Abs 1 Z 9 KStG</b> ) .....	269
3.1. Zielsetzung und Entwicklung .....	269
3.2. Zinsenabzugsgebot des § 11 Abs 1 Z 4 KStG .....	271
3.3. Zinsenabzugsverbot des § 12 Abs 1 Z 9 KStG .....	274
3.3.1. Konzernbegriff .....	274
3.3.2. Zinsbegriff .....	275
3.3.3. Trennungsschranke .....	276
3.3.4. Zeitpunkt des Vorliegens der Voraussetzungen und „aufgespaltener Konzernwerb“ .....	277
<b>4. Niedrigbesteuerzte Zinsen und Lizenzen im Konzern</b>	
( <b>§ 12 Abs 1 Z 10 KStG</b> ) .....	278
4.1. Zielsetzung und Entwicklung .....	278
4.2. Tatbestandsmäßige Voraussetzungen .....	279
4.2.1. Zins- und Lizenzgebührenbegriff .....	280
4.2.2. Empfängerbegriff .....	280
4.2.3. Konzernbegriff .....	282
4.2.4. Nicht- oder Niedrigbesteuerung .....	282
<b>5. Teilwertabschreibungen und Verluste bei Kapitalanteilen</b>	
<b>iSd § 12 Abs 3 KStG</b> .....	286
5.1. Grundsätzliches .....	286
5.2. Ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibung und Verluste iSd § 12 Abs 3 Z 1 KStG .....	288
5.2.1. Zielsetzung und Anwendungsbereich .....	288
5.2.2. Voraussetzungen .....	289
5.2.3. Auswirkungen .....	289
5.2.4. Spätere Zuschreibungen .....	294
5.2.5. Ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibung in der Unternehmensgruppe .....	296
5.2.6. Internationale Schachtelbeteiligungen .....	298
5.3. Abzugsfähige Teilwertabschreibungen und Verluste iSd § 12 Abs 3 Z 2 KStG – Siebentelverteilung .....	298
5.3.1. Zielsetzung und Anwendungsbereich der Siebentel-Regel .....	298
5.3.2. Voraussetzungen .....	299
5.3.3. Auswirkungen .....	300
5.3.4. Umgründungen .....	303
5.3.5. Praxisfall Privatstiftung .....	303
5.4. Einlagenbedingte Teilwertabschreibungen und Verluste iSd § 12 Abs 3 Z 3 KStG .....	305
5.4.1. Zielsetzung und Anwendungsbereich .....	305
5.4.2. Voraussetzungen .....	306
5.4.3. Auswirkungen .....	307
5.4.4. „Kaskaden“-Teilwertabschreibung in Unternehmens- gruppen .....	314
<b>6. Zusammenfassung</b> .....	315



## Verlustverwertung im Konzern und Mantelkauf

*Lukas Bernwieser/Christian Fichtinger*

<b>1. Verlustabzug und Verlustvortrag nach allgemeinem Steuerrecht .....</b>	<b>321</b>
1.1. Verlustabzug bei Kapitalgesellschaften .....	321
1.2. Möglichkeiten zur Übertragung des Rechts auf Verlustabzug .....	322
<b>2. Mantelkaufbestimmung nach § 8 Abs 4 Z 2 lit c KStG .....</b>	<b>323</b>
2.1. Allgemeine Ausführungen zur Mantelkaufbestimmung .....	323
2.2. Tatbestandsmerkmale des Mantelkaufs .....	325
2.2.1. Wesentliche Änderung der organisatorischen Struktur .....	325
2.2.1.1. Änderung der organisatorischen Struktur .....	325
2.2.1.2. Beurteilung der Wesentlichkeit .....	329
2.2.2. Wesentliche Änderung der wirtschaftlichen Struktur .....	331
2.2.2.1. Änderung der wirtschaftlichen Struktur .....	331
2.2.2.2. Beurteilung der Wesentlichkeit .....	333
2.2.3. Wesentliche Änderung der Gesellschafterstruktur .....	337
2.2.3.1. Änderung der Gesellschafterstruktur .....	337
2.2.3.2. Beurteilung der Wesentlichkeit .....	340
2.2.3.3. Beurteilung der Entgeltlichkeit .....	341
2.3. Beurteilung nach dem Gesamtbild der Verhältnisse .....	342
2.4. Zeitliche Abfolge der Strukturänderungen .....	343
2.5. Verlustuntergang aufgrund des Mantelkaufs .....	345
2.5.1. Abgrenzung des betroffenen Verlusts .....	345
2.5.2. Zeitpunkt des Verlustuntergangs .....	346
<b>3. Mantelkauf und Gruppenbesteuerung .....</b>	<b>347</b>
3.1. Einleitende Anmerkungen .....	347
3.2. Mantelkauf und Verluste des Gruppenmitglieds .....	347
3.2.1. Verluste des Gruppenmitglieds .....	347
3.2.2. Anwendung der Mantelkaufbestimmungen .....	347
3.3. Mantelkauf und Verluste des Gruppenträgers .....	349
3.3.1. Verluste des Gruppenträgers .....	349
3.3.2. Anwendung der Mantelkaufbestimmungen .....	349
<b>4. Mantelkauf im UmgrStG .....</b>	<b>351</b>
4.1. Allgemeine Ausführungen .....	351
4.2. Mantelkauf nach Umgründungstypen .....	353
4.2.1. Verschmelzung und Mantelkauf .....	353
4.2.2. Umwandlung und Mantelkauf .....	357
4.2.3. Einbringung und Mantelkauf .....	359
4.2.4. Zusammenschluss und Mantelkauf .....	362
4.2.5. Realteilung und Mantelkauf .....	363
4.2.6. Spaltung und Mantelkauf .....	363
<b>5. Gesetzlich normierte Ausnahmen vom Mantelkauf .....</b>	<b>365</b>
5.1. Sanierungsklausel iSd § 8 Abs 4 Z 2 KStG .....	365
5.2. Rationalisierungsklausel iSd § 4 Z 2 UmgrStG .....	366
5.3. Kein Verlustuntergang bei Aufdeckung stiller Reserven .....	367

## Betriebsstätten im Konzern

*Veronika Daurer*

<b>1. Die Relevanz von Betriebsstätten im Konzern .....</b>	<b>371</b>
<b>2. Grundlagen .....</b>	<b>371</b>
2.1. Das Verhältnis zwischen innerstaatlichem und DBA-Recht .....	371
2.2. Die Besteuerung von Unternehmensgewinnen .....	372
2.3. Der Betriebsstättenbegriff .....	373
<b>3. Betriebsstätten dem Grunde nach .....</b>	<b>374</b>
3.1. Der Grundtatbestand der festen Einrichtung .....	374
3.2. Baubetriebsstätten .....	378
3.3. Hilfsbetriebsstätten .....	380
3.4. Abhängiger Vertreter .....	381
3.5. Sonderformen der Betriebsstätte .....	383
<b>4. Gewinnabgrenzung bei Betriebsstätten .....</b>	<b>384</b>
4.1. Authorized OECD Approach (AOA) .....	384
4.2. Funktionsanalyse .....	385
4.3. Ermittlung des Betriebsstättengewinns .....	389
4.4. Zusammenfassung der Anwendung des AOA „light“ .....	392
<b>5. Besondere Gewinnermittlungsvorschriften für Betriebsstätten im österreichischen Steuerrecht .....</b>	<b>392</b>
5.1. Outbound-Betriebsstätten .....	392
5.2. Inbound-Betriebsstätten .....	393

## Transfer Pricing 4.0 und Profit Split: Theorie, Praxis und ein Ausblick

*Iris Burgstaller/Anmerkungen von Martin Schwaiger*

<b>1. Profit Split: State of the Art post-BEPS .....</b>	<b>397</b>
1.1. OECD VPL 2017 .....	397
1.1.1. Contribution Analysis .....	398
1.1.2. Residual Analysis .....	398
1.1.3. Gewinnaufteilungsfaktoren .....	398
1.2. Praktische Hinweise zum Profit Split in OECD Revised Guidance 2018 ....	399
1.2.1. Grundsätze: Ermessen und betriebswirtschaftliche Sinnhaftigkeit .....	400
1.2.2. Anwendungskriterien für den Profit Split .....	400
1.2.2.1. Einzigartige und wertvolle Beiträge .....	401
1.2.2.2. Hoch integrierte Transaktion .....	402
1.2.2.3. Übernahme von wesentlichen Risiken .....	404
1.2.2.4. Fehlen von Vergleichsdaten – kein Anwendungsfall .....	404
1.2.2.5. Überblick über die Anwendung der Profit Split Methode ....	405
1.2.3. Bestimmung des zu verteilenden Gewinns .....	406
1.2.4. Zeitliche Aspekte .....	406

1.3.	Praktische Hinweise des EU Joint Transfer Pricing Forums zur Anwendung des Profit Splits .....	408
1.3.1.	Klarstellungen zu den Anwendungskriterien und der Vorgangsweise .....	408
1.3.2.	Profit-Split-Faktoren .....	409
1.4.	Beispiele für praktische (Nicht-)Anwendungsfelder des Profit Splits ...	411
1.4.1.	Profit Split als zweite Methode bei Routineeinheiten? .....	411
1.4.2.	Profit Split aufgrund eines zentralen Managements? .....	413
1.4.3.	Profit Split im Immobilienkonzern? .....	414
<b>2.</b>	<b>Profit Split „Reloaded“ – Ausblick auf die Besteuerung von Marketing- und Vertriebsfunktionen 2020 ff</b> .....	<b>417</b>
2.1.	Der Fremdverhaltensgrundsatz ist tot! Lang lebe der Fremdverhaltensgrundsatz? .....	417
2.2.	Profit Split als zentraler Faktor im OECD Arbeitsprogramm zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft .....	419
2.2.1.	Ursprüngliche Profit-Split-Varianten im OECD-Arbeitsprogramm (Mai 2019) .....	420
2.2.2.	Profit-Split-Variante im Rahmen des OECD Unified Approach (Oktober 2019) .....	421
2.2.2.1.	Betrag A .....	421
2.2.2.2.	Betrag B .....	422
2.2.2.3.	Betrag C .....	422
2.3.	Profit Split „Reloaded“: Disruption mit zahlreichen Umsetzungsfragen ...	423
<b>3.</b>	<b>Anmerkungen von Martin Schwaiger</b> .....	<b>424</b>
3.1.	Hochintegrierte Vorgänge .....	424
3.2.	Einzigartige/wertvolle Beiträge .....	425
3.3.	Konzernsynergien .....	425
3.4.	Schlussfolgerungen .....	426

## *II.2. Steuerliches Management von Beteiligungen*

### **Einlagenrückzahlungen und Gewinnausschüttungen im Konzern**

*Alexandra Wild*

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>435</b>
<b>2.</b>	<b>Überblick und Abgrenzung</b> .....	<b>436</b>
2.1.	Systematische Grundsätze .....	436
2.2.	Evidenzkonten und Wahlrecht .....	437
<b>3.</b>	<b>Verdeckte Ausschüttungen und verdeckte Einlagenrückzahlung</b> .....	<b>439</b>
3.1.	Abbildung verdeckter Ausschüttungen in den Evidenzkonten .....	439
3.2.	„Verdeckte Einlagenrückzahlungen“ .....	440
3.2.1.	Begriff .....	440

3.2.2.	BFG: Verpflichtende Einlagenrückzahlung mangels Gewinn sowie ewiges Wahlrecht zur verdeckten Einlagenrückzahlung .....	441
3.2.3.	Reaktionen und Würdigung .....	441
3.2.4.	Zusammenfassung .....	446
<b>4.</b>	<b>Das Zusammenspiel von Einlagenrückzahlungen, Beteiligungsansatz und Innenfinanzierung</b> .....	<b>447</b>
4.1.	Allgemeines .....	447
4.2.	Erhaltene Einlagenrückzahlungen und Zuschreibungen .....	447
4.3.	Auswirkungen von § 6 Z 13 EStG auf die Innenfinanzierung .....	451
<b>5.</b>	<b>Zeitliche Erfassung von Einlagen, Einlagenrückzahlungen und Ausschüttungen</b> .....	<b>452</b>
5.1.	Allgemeines .....	452
5.2.	Vorgehensweise im Anwendungsbereich der ertragsteuerlichen Rückwirkungsfiktion .....	453
 <b>KESSt-Entlastung bei Outbound-Dividenden an EU-Holdinggesellschaften</b> <i>Christian Oberkleiner/Melanie Mischkreu</i>		
<b>1.</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>459</b>
<b>2.</b>	<b>Rechtliche Grundlage der Besteuerung von Outbound-Dividenden</b> .....	<b>459</b>
2.1.	Allgemein .....	459
2.2.	Unionsrechtlicher Hintergrund .....	462
2.3.	Einbehaltung und Rückerstattung der KESSt gem VO .....	463
2.3.1.	Allgemeines .....	463
2.3.2.	Verordnung zur Einbehaltung und Rückerstattung der KESSt .....	464
<b>3.</b>	<b>Typisierter Missbrauchsverdacht bei EU-Holdinggesellschaften?</b> .....	<b>466</b>
3.1.	Auslegung des Missbrauchs: Innen- vs Außentheorie .....	468
3.2.	Holdinggesellschaften mit operativ tätigen Gesellschaftern oder Tochtergesellschaften .....	469
<b>4.</b>	<b>Missbrauch bei Holdinggesellschaften</b> .....	<b>472</b>
4.1.	Allgemeines .....	472
4.2.	(Kein) Missbrauch bei substanzlosen Holdinggesellschaften .....	472
4.2.1.	Rechtsprechung des UFS/BFG .....	473
4.2.2.	Rechtsprechung des VwGH .....	474
4.3.	Anforderungen an die Substanz .....	476
4.3.1.	Rechtsprechung des VwGH .....	476
4.3.2.	Umsatzsteuerpflicht der Holdinggesellschaft .....	480
<b>5.</b>	<b>Zurechnung von Einkünften bei Holdinggesellschaften</b> .....	<b>481</b>
<b>6.</b>	<b>Exkurs: Substanzanforderungen iZm § 10a KStG</b> .....	<b>486</b>
<b>7.</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>488</b>

## Formalvorgaben für steuerneutrale Ausschüttungen

*Christian Pöchlinger*

<b>1. Grundlagen</b> .....	493
1.1. Allgemeines .....	493
1.2. Grundlagen der Besteuerung von Gewinnausschüttungen .....	493
1.3. Voraussetzung für die Befreiung nach § 94 Z 2 EStG .....	494
1.3.1. Ausschluss der Befreiung nach § 94 Z 2 EStG .....	495
1.3.1.1. Jahresfrist .....	495
1.3.1.2. Verdeckte Ausschüttung .....	496
1.3.1.3. Steuerhinterziehung und Missbrauch .....	496
1.3.1.4. Nachweis- und Dokumentationspflichten .....	497
1.4. Voraussetzung für die Entlastung nach DBA .....	497
<b>2. Formalvorschriften</b> .....	498
2.1. Zwingende Formularpflicht .....	498
2.2. Nachweis der Substanz (Substanzbestätigung) .....	499
2.3. Nachweis der Ansässigkeit (Ansässigkeitsbestätigung) .....	500
2.4. Zeitpunkt der Ausstellung der Formulare .....	501
2.5. Übermittlungspflicht und Finanzamtszuständigkeit .....	501
2.6. Häufigkeit der Ausstellung .....	502
2.7. Art der Ausstellung .....	503
2.8. Vereinfachte Dokumentation (Ausnahmen) .....	503
2.9. Sonderfall Personengesellschaften .....	504
2.10. Kapitalertragsteuer-Anmeldung .....	505
<b>3. Exkurs – Rückerstattungsverfahren</b> .....	505
<b>4. Zusammenfassung</b> .....	507

## Sondervorschriften für hybride Gestaltungen

*Jan Knesl/Pavel Knesl/Klaus Hirschler*

<b>1. Einleitung</b> .....	509
<b>2. Anwendungsvoraussetzungen</b> .....	510
2.1. Steuerdiskrepanzen .....	510
2.2. Hybride Gestaltungen .....	511
2.2.1. Hybride Gestaltungen in Deduction/Non-Inclusion-Konstellationen .....	511
2.2.2. Einstufung eines Finanzinstruments .....	512
2.2.3. Zurechnung der Einkünfte aus einem Finanzinstrument ...	513
2.2.4. Beurteilung der Steuersubjektivität .....	514
2.2.5. Zurechnung von Aufwendungen und Erträgen zu einer Betriebsstätte .....	516
2.2.6. Beurteilung über das Bestehen einer Betriebsstätte .....	517
2.3. Hybride Gestaltungen in Double-Deduction-Konstellationen .....	518
2.4. Erforderliches Naheverhältnis .....	520
2.5. Strukturierte Gestaltungen .....	521

<b>3. Allgemeine Maßnahmen</b> .....	522
3.1. Allgemein .....	522
3.2. D/NI-Konstellationen .....	522
3.2.1. Primäre Maßnahme .....	522
3.2.1.1. Allgemein .....	522
3.2.1.2. Beispiel: Zahlung iR eines hybriden Finanzinstruments .....	523
3.2.1.3. Beispiel: Zahlung eines hybriden Unternehmens iR eines hybriden Finanzinstruments .....	524
3.2.2. Sekundäre Maßnahme .....	525
3.2.2.1. Allgemein .....	525
3.2.2.2. Beispiel: Zahlung eines hybriden Unternehmens .....	526
3.3. DD-Konstellationen .....	526
3.3.1. Primäre Maßnahme .....	526
3.3.1.1. Allgemein .....	526
3.3.1.2. Beispiel: Zahlungen einer ausländischen Betriebsstätte oder eines ausländischen hybriden Unternehmens .....	527
3.3.2. Sekundäre Maßnahme .....	528
3.3.2.1. Allgemein .....	528
3.3.2.2. Beispiel: Zahlungen einer inländischen Betriebsstätte oder eines inländischen hybriden Unternehmens .....	528
3.3.3. Doppelt ansässige Körperschaften .....	529
3.3.3.1. Allgemein .....	529
3.3.3.2. Beispiel: Zahlungen einer doppelt ansässigen Körperschaft .....	530
<b>4. Sondervorschriften</b> .....	531
4.1. Unberücksichtigte Betriebsstätte .....	531
4.1.1. Allgemein .....	531
4.1.2. Beispiel: Zahlung an eine unberücksichtigte Betriebsstätte .....	532
4.1.3. Verhältnis von § 14 Abs 8 KStG zu anderen Regelungen .....	533
4.1.4. Importierte hybride Gestaltungen .....	534
4.1.4.1. Allgemein .....	534
4.1.4.2. Beispiel: Doppelter Abzug .....	535
4.1.4.3. Beispiel: Abzug ohne Erfassung als Einnahme .....	536
4.2. Nachträgliche Neutralisierung einer hybriden Gestaltung im Ausland .....	537
4.3. Überschießende Anrechnung von Quellensteuern .....	537
<b>5. Conclusio</b> .....	538

## Hinzurechnungsbesteuerung gemäß § 10a KStG

*Pavel Knesl*

<b>1. Einleitung</b> .....	539
<b>2. Passiveinkünfte</b> .....	540
2.1. Allgemein .....	540
2.2. Zinsen und sonstige Einkünfte aus Finanzanlagevermögen .....	540
2.3. Lizenzgebühren und sonstige Einkünfte aus geistigem Eigentum .....	542

2.4.	Dividenden und Einkünfte aus der Veräußerung von Anteilen .....	542
2.5.	Einkünfte aus Finanzierungsleasing .....	545
2.6.	Einkünfte aus Tätigkeiten von Versicherungen, Banken und anderen finanziellen Tätigkeiten .....	546
2.7.	Einkünfte von Abrechnungsunternehmen .....	546
<b>3.</b>	<b>Niedrigbesteuerung</b> .....	547
3.1.	Ermittlung der Einkünfte .....	547
3.2.	Ermittlung der Steuerbelastung .....	550
<b>4.</b>	<b>Voraussetzungen für die Hinzurechnung</b> .....	552
4.1.	Allgemein .....	552
4.2.	Drittelgrenze der Passiveinkünfte .....	552
4.3.	Beherrschungstatbestand .....	554
4.3.1.	Allgemein .....	554
4.3.2.	Beherrschende Körperschaft .....	554
4.3.3.	Beherrschte Körperschaft .....	554
4.4.	Verbundene Unternehmen .....	555
4.5.	Substanznachweis .....	556
4.5.1.	Allgemein .....	556
4.5.2.	Qualitative und quantitative Substanzkriterien .....	557
4.5.3.	Vermutung des Fehlens von nicht wesentlich wirtschaftlichen Tätigkeiten .....	558
4.5.4.	Vermutung des Vorliegens einer wesentlichen wirtschaftlichen Tätigkeit .....	559
<b>5.</b>	<b>Durchführung der Hinzurechnung</b> .....	560
5.1.	Zurechnungsquote .....	560
5.2.	Zurechnungszeitpunkt .....	562
5.3.	Ermittlung und Zurechnung der Passiveinkünfte .....	563
<b>6.</b>	<b>Methodenwechsel</b> .....	564
6.1.	Allgemein .....	564
6.2.	Anwendungsvoraussetzungen .....	564
6.2.1.	Allgemein .....	564
6.2.2.	Niedrigbesteuerung .....	564
6.2.3.	Beteiligungsausmaß .....	564
6.2.4.	Passiver Unternehmensschwerpunkt .....	565
6.3.	Veräußerung einer internationalen Schachtelbeteiligung .....	567
6.4.	Unterbleiben des Methodenwechsels .....	568
<b>7.</b>	<b>Vermeidung der Doppelbesteuerung</b> .....	568
7.1.	Vorgelagerte Hinzurechnung im Inland .....	568
7.2.	Veräußerung der Beteiligung .....	569
7.3.	Anrechnung der vorgelagerten Besteuerung im Ausland .....	569
7.4.	Anrechnung der ausländischen Besteuerung beim Methodenwechsel .....	570
7.5.	Anrechnungsvortrag .....	571
<b>8.</b>	<b>Conclusio</b> .....	571

### II.3. Umgründungen im Konzern

#### Objektbezug bei Umgründungen von Unternehmensgruppen

*Lukas Bernwieser*

<b>1. Objektbezug in der Unternehmensgruppe</b> .....	579
1.1. Regelungsstruktur des § 4 UmgrStG .....	579
1.2. Herstellung des Objektbezugs in der Unternehmensgruppe .....	582
1.3. Beteiligungsbezogene Betrachtungsweise (Objektbezug auf die Beteiligung) .....	584
1.3.1. Hintergrund .....	584
1.3.2. Funktionsweise .....	584
1.3.3. Anmerkung/Einschätzung .....	586
1.4. Gruppenbezogene Betrachtungsweise (Durchgriff auf das verlust- verursachende Vermögen) .....	587
1.4.1. Hintergrund .....	587
1.4.2. Funktionsweise .....	588
1.4.3. Anmerkung/Einschätzung .....	594
1.5. Erweiterungen zur gruppenbezogenen Betrachtungsweise .....	594
1.5.1. Wurzelbezogene Betrachtungsweise .....	595
1.5.2. „Single Entity“-Betrachtungsweise .....	595
1.5.3. Anmerkung/Einschätzung .....	596
<b>2. Rechnerische Verlustzuordnung in der Unternehmensgruppe</b> .....	598
2.1. Grundsätze der Verlustzuordnung aus Sicht der Finanzverwaltung ....	598
2.2. Allgemeine Einordnung/Erläuterung der Grundsätze .....	599
2.3. Ansatzpunkte und Herangehensweisen in der Literatur .....	600
2.3.1. Verlustvortrag nur in Verlustjahren der Gruppe .....	600
2.3.2. Saldierung der Ergebnisse .....	602
2.3.3. Relationsrechnung .....	605
2.3.4. „First-in-First-out“-Prinzip .....	609
2.3.5. Aliquotierung der Verlustverwertung .....	611
2.3.6. Verlustzuordnung zum verlustverursachenden Vermögen	613
2.4. Schritte zur Verlustzuordnung .....	619
2.4.1. Schritte im Überblick .....	619
2.4.2. Abschließendes Beispiel .....	621
2.4.3. Sachgerechte Zuordnung in Grenzfällen .....	626

### III. VERKEHRSTEUERN IM KONZERN

#### Grunderwerbsteuer im Konzern

*Karin Fuhrmann/Peter Steiner*

<b>1. Einleitung</b> .....	633
<b>2. Die Tatbestände für Übertragungen von Gesellschaftsanteilen</b> .....	633
2.1. Anteilsvereinigung bei Gesellschaften (§ 1 Abs 3 GrEStG) .....	633



2.1.1.	Umfasste Gesellschaftstypen .....	634
2.1.2.	95-%-Schwelle für Anteilsvereinigung .....	635
2.1.3.	Grundstücksbesitzende Gesellschaft .....	636
2.1.4.	Erwerber .....	637
2.1.5.	Tarif, Bemessungsgrundlage und Steuerschuldner .....	640
2.2.	Übertragung von Anteilen an Personengesellschaften (§ 1 Abs 2a GrEStG) .....	641
2.2.1.	Zeitliche Komponente – 5-jähriger Betrachtungszeitraum .....	642
2.2.2.	Objektbezogene Komponente – Immobilienbesitz .....	644
2.2.3.	Subjektbezogene Komponente – neue Gesellschafter .....	646
2.2.4.	Tarif, Bemessungsgrundlage und Steuerschuldner .....	647
2.3.	Wechselwirkung, Anwendungsvorrang und Differenzbesteuerung der Tatbestände für Übertragungen von Gesellschaftsanteilen .....	648
<b>3.</b>	<b>Bemessungsgrundlage und Tarif</b> .....	651
3.1.	Bemessungsgrundlage .....	651
3.1.1.	Die Gegenleistung als Bemessungsgrundlage .....	651
3.1.2.	Grundstückswert .....	653
3.1.3.	Grundstückswert bei Baurecht .....	656
3.1.4.	Tausch .....	657
3.2.	Tarif .....	658
<b>4.</b>	<b>Sonstige Transaktionen im Konzern</b> .....	658
4.1.	Asset Deal .....	658
4.2.	Share Deal .....	659
4.3.	Sonderfragen iZm der Gruppenbesteuerung .....	660
4.3.1.	Beispiel: Vereinigung in der Hand einer KöSt-Gruppe .....	660
4.3.2.	Beispiel: Änderung einer KöSt-Gruppe .....	661
4.3.3.	Beispiel: Verdichtung .....	662
4.3.4.	Beispiel: Verwässerung .....	663
4.4.	Vermögensübernahmen nach § 142 UGB („Anwachsung“) .....	663
4.5.	Umgründungen (einschließlich umgründungsbedingte Anwachsung) .....	664
<b>5.</b>	<b>Fazit</b> .....	665

### Gebühren im Konzern

*Gerald Kerbl/Alexander Albl*

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b> .....	667
<b>2.</b>	<b>Allgemeine Voraussetzungen für die Gebührenpflicht</b> .....	667
<b>3.</b>	<b>Urkunde</b> .....	668
3.1.	Definition der Urkunde .....	668
3.2.	Ersatzurkunden .....	668
3.2.1.	Allgemeines .....	668
3.2.2.	Verhandlungsniederschrift .....	668
3.2.3.	Gedenkprotokoll .....	668

3.2.4.	Erklärungen und Eingaben .....	669
3.2.5.	Punktation .....	669
3.2.6.	Problemfall E-Mail .....	669
3.3.	Rechtsbezeugende Urkunde .....	670
3.4.	Nachtrags- und Zusatzvereinbarungen .....	673
<b>4.</b>	<b>Von der Gebührenpflicht ausgenommene Rechtsgeschäfte .....</b>	<b>673</b>
<b>5.</b>	<b>Gebührenvermeidung in der Praxis .....</b>	<b>674</b>
5.1.	Allgemeines .....	674
5.2.	Anbot und Annahme .....	674
5.3.	Auslandsurkunde .....	675
5.4.	Anwaltskorrespondenz .....	676
5.5.	E-Mail ohne Unterschrift .....	676
5.6.	Videoaufzeichnung .....	677
<b>6.</b>	<b>Gebührentatbestände .....</b>	<b>677</b>
6.1.	Allgemein .....	677
6.2.	Bestandverträge .....	678
6.2.1.	Allgemein .....	678
6.2.2.	Bemessungsgrundlage .....	679
6.2.2.1.	Preis (Bestandzins) .....	679
6.2.2.2.	Vertragsdauer .....	680
6.2.2.3.	Berechnungsbeispiel .....	681
6.2.3.	Gebührenrechtliche Behandlung von ausgewählten Bestandvertragsklauseln .....	681
6.2.3.1.	Einmalige automatische Verlängerung der Vertragsdauer .....	682
6.2.3.2.	Mehrmalige automatische (bzw unbefristete) Verlängerung der Vertragsdauer .....	682
6.2.3.3.	Vertragliche Verlängerungsoption .....	682
6.2.3.4.	Einseitiger Kündigungsverzicht .....	683
6.2.3.5.	Beidseitiger Kündigungsverzicht .....	684
6.2.3.6.	Umsatzmietzins .....	685
6.2.3.7.	Staffelmietzins .....	685
6.2.3.8.	Vereinbarung sämtlicher Kündigungsgründe des § 30 Abs 2 MRG .....	686
6.2.4.	Gebührenreduzierende Vertragsgestaltung .....	689
6.2.5.	Gebührenvermeidung in der Praxis .....	692
6.3.	Bürgschaft .....	692
6.3.1.	Allgemein .....	692
6.3.1.1.	Bürgschaft .....	692
6.3.1.2.	Schuldbeitritt .....	693
6.3.2.	Ausnahmen von der Gebührenpflicht .....	694
6.3.3.	Abgrenzung zur Garantie .....	694
6.3.4.	Abgrenzung zur Patronatserklärung .....	695
6.3.4.1.	Weiche Patronatserklärung .....	696
6.3.4.2.	Harte Patronatserklärung .....	697

6.3.5.	Abgrenzung zur Erfüllungsübernahme .....	698
6.3.6.	Privative Schuldübernahme .....	698
6.3.7.	Problemfall Bürgschaft auf erstes Anfordern .....	699
6.3.8.	Gebührenvermeidung in der Praxis .....	700
6.4.	Vergleich .....	700
6.4.1.	Allgemein .....	700
6.4.2.	Abgrenzung zu Anerkenntnis und Verzicht .....	701
6.4.3.	Gebührenvermeidung in der Praxis .....	701
6.5.	Zession .....	702
6.5.1.	Allgemein .....	702
6.5.2.	Abgrenzung zur Vertragsübernahme .....	703
6.5.3.	Abgrenzung zur Forderungseinlösung .....	705
6.5.4.	Unternehmenskauf .....	706
6.5.4.1.	Asset Deal .....	706
6.5.4.2.	Share Deal .....	707
6.5.4.3.	Spezialfall Optionsrecht auf Erwerb von Gesellschafts- anteilen .....	707
6.5.5.	Sachdividende .....	707
6.5.6.	Gebührenvermeidung in der Praxis .....	708
<b>7.</b>	<b>Gebührenschildner und Haftung .....</b>	<b>709</b>
7.1.	Gebührenschildner .....	709
7.1.1.	Zweiseitig verbindliche Rechtsgeschäfte .....	709
7.1.2.	Einseitig verbindliche Rechtsgeschäfte .....	709
7.1.3.	Übersicht .....	710
7.2.	Haftung .....	710
7.2.1.	Allgemein .....	710
7.2.1.1.	Am Rechtsgeschäft beteiligte Personen .....	710
7.2.1.2.	Zur Gebührenanzeige verpflichtete Personen .....	711
7.2.2.	Geschäftsführer und Vorstände .....	711
7.2.3.	Berufsmäßige Parteienvertreter .....	712
7.3.	Geltendmachung der Haftung .....	712
7.4.	Verjährung bei Nicht-Vergebührung von Rechtsgeschäften .....	713
7.4.1.	Allgemein .....	713
7.4.2.	Ersatzbeurkundung .....	713
7.4.3.	Vorsätzliche Nicht-Vergebührung .....	713
<b>8.</b>	<b>Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide .....</b>	<b>714</b>
8.1.	Beschwerde .....	714
8.2.	Frist .....	714
8.3.	Zuständigkeit .....	714
8.4.	Rechtsmittelinstanz .....	714
<b>9.</b>	<b>Gebühren und (Finanz-)Strafrecht .....</b>	<b>714</b>
<b>10.</b>	<b>Gebührenfalle 3. COVID-19-Gesetz iZm Bestandverträgen .....</b>	<b>715</b>

## Holdinggesellschaften in der Umsatzsteuer

*Gunther Lang/Alexander Albl*

<b>1. Einleitung</b> .....	721
<b>2. Definition Holdinggesellschaft</b> .....	721
2.1. Allgemein .....	721
2.2. Formen von Holdinggesellschaften in der USt .....	722
<b>3. Unternehmerbegriff</b> .....	723
3.1. Definition .....	723
3.2. Qualifikation der Holdingtätigkeit als unternehmerische Tätigkeit .....	723
3.2.1. Allgemeines .....	723
3.2.2. Gewerbliche oder berufliche Tätigkeit .....	723
3.2.2.1. Nachhaltige Tätigkeit .....	724
3.2.2.2. Einnahmenerzielungsabsicht .....	725
3.3. Wirtschaftliche Tätigkeit .....	725
3.3.1. Qualifikation von Leistungen einer Holding .....	726
3.3.2. Darlehensgewährung durch Holdinggesellschaften an Beteiligungsgesellschaften .....	727
3.3.3. Organisatorisches Mindestmaß .....	727
3.3.4. Spezialfall Holding in Gründung (Vorbereitungstätigkeiten) ....	730
3.4. Einordnung der Holding-Typen unter den Unternehmerbegriff .....	730
3.4.1. Allgemeines .....	730
3.4.2. Beteiligungsholding .....	730
3.4.3. Gemischte Holding .....	731
3.4.4. Geschäftsleitende Holding .....	731
3.4.5. Übersicht .....	732
<b>4. Vorsteuerabzugsberechtigung von Holdinggesellschaften</b> .....	733
4.1. Allgemein .....	733
4.2. Vorsteuerabzug dem Grunde nach .....	733
4.2.1. Ankauf von Beteiligungen .....	734
4.2.1.1. Beteiligungsholding .....	735
4.2.1.2. Gemischte Holding .....	735
4.2.1.3. Geschäftsleitende Holding .....	735
4.2.2. Frustrierte Aufwendungen iZm dem Ankauf von Beteiligungen .....	736
4.2.2.1. Beteiligungsholding .....	737
4.2.2.2. Gemischte Holding .....	737
4.2.2.3. Geschäftsleitende Holding .....	737
4.2.3. Ausgabe von neuen Anteilen .....	737
4.2.3.1. Beteiligungsholding .....	738
4.2.3.2. Gemischte Holding .....	738
4.2.3.3. Geschäftsleitende Holding .....	738
4.2.4. Veräußerung von Beteiligungen .....	738
4.2.5. Spezialfall Dienstleistungskommission .....	740

4.2.5.1.	Beteiligungsholding .....	741
4.2.5.2.	Gemischte Holding .....	741
4.2.5.3.	Geschäftsleitende Holding .....	741
4.3.	Vorsteuerabzug der Höhe nach .....	742
<b>5.</b>	<b>Die Holding als Organträger .....</b>	<b>745</b>
5.1.	Allgemeines zur Organschaft .....	745
5.2.	Beginn und Ende der Organschaft .....	745
5.2.1.	Beginn .....	745
5.2.2.	Ende .....	746
5.3.	Tatbestandsvoraussetzungen der Organschaft .....	746
5.3.1.	Anforderungen an Organträger .....	746
5.3.1.1.	Beteiligungsholding .....	746
5.3.1.2.	Gemischte Holding .....	747
5.3.1.3.	Geschäftsleitende Holding .....	747
5.3.2.	Anforderungen an Organgesellschaften .....	747
5.3.3.	Eingliederungsvoraussetzungen im Einzelnen .....	747
5.3.3.1.	Finanzielle Eingliederung .....	747
5.3.3.1.1.	Personengesellschaften als „Organschafts-Blocker“? .....	748
5.3.3.2.	Wirtschaftliche Eingliederung .....	749
5.3.3.2.1.	Qualitative Anforderungen an die Eingliederung .....	750
5.3.3.2.2.	Quantitative Anforderungen an die Eingliederung .....	750
5.3.3.2.3.	Geschäftsleitende Holding .....	751
5.3.3.3.	Organisatorische Eingliederung .....	751
5.3.3.4.	Checkliste .....	753
5.4.	Beschränkung auf inländische Unternehmensteile .....	753
5.4.1.	Allgemein .....	753
5.4.2.	Organträger im Inland .....	754
5.4.3.	Organträger im Ausland .....	754
5.5.	Vorsteuerabzug in der Organschaft .....	754
5.5.1.	Allgemein .....	754
5.5.2.	Variante Zuordnung von Eingangsleistungen .....	756
5.5.3.	Variante Aufteilungsschlüssel .....	756
5.5.3.1.	Vorsteuerabzug bei Inbound-Fällen .....	758
5.5.3.2.	Vorsteuerabzug bei Outbound-Fällen .....	758
<b>6.</b>	<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>759</b>

**Aktuelle Zweifelsfragen zur Umsatzsteuer  
bei Geschäftsraumvermietung**

*Mario Mayr/Gunther Lang*

<b>1.</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>763</b>
<b>2.</b>	<b>Geschäftsraumvermietung – Option zur umsatzsteuerpflichtigen Behandlung .....</b>	<b>764</b>
2.1.	Allgemeines .....	764

2.2.	Wann liegt ein neues Miet- und Pachtverhältnis iSd § 28 Abs 38 UStG vor? .....	765
2.3.	Aktuelles zu Gesamt- und Einzelrechtsnachfolge .....	766
2.4.	Resümee .....	770
<b>3.</b>	<b>Einheitlichkeit der Leistung bei Vermietung von Privat- und Geschäftsräumlichkeiten</b> .....	<b>772</b>
3.1.	Grundlagen .....	772
3.2.	Mitvermietung von Inventar und Möblierung .....	774
3.3.	Mitvermietung von Betriebsanlagen .....	777
3.4.	Bereitstellung von Coworking Spaces und Managed Business Services .....	779
<b>4.</b>	<b>Kurzfristige Vermietung</b> .....	<b>780</b>
4.1.	Rechtliche Grundlage .....	780
4.2.	Wann liegt eine kurzfristige Vermietung vor? .....	781
4.3.	Der Grundstücksbegriff im Rahmen der kurzfristigen Vermietung .....	784
4.4.	Wegfall der Voraussetzungen der kurzfristigen Vermietung .....	785
<b>5.</b>	<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>785</b>

## IV. VERFAHRENSRECHT IM KONZERN

### Grenzen der Außenprüfung

*Anja Cupal/Michael Nester/Alexandra Patloch-Kofler*

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b> .....	<b>791</b>
<b>2.</b>	<b>Allgemeines zur Außenprüfung</b> .....	<b>791</b>
2.1.	Rechtliche Grundlagen .....	791
2.2.	Organisation der Finanzverwaltung hinsichtlich Außenprüfungen .....	792
2.2.1.	Status quo .....	792
2.2.2.	Neuordnung der Organisation der Finanzverwaltung .....	792
<b>3.</b>	<b>Rechte und Pflichten im Rahmen der Außenprüfung</b> .....	<b>794</b>
3.1.	Beginn der Außenprüfung .....	794
3.1.1.	Zeitpunkt des Beginns .....	794
3.1.2.	Ankündigung/Anmeldung einer Außenprüfung .....	794
3.1.3.	Prüfungsauftrag und Prüfungszeitraum .....	795
3.1.4.	Beginn der Außenprüfung .....	795
3.1.5.	Selbstanzeige bei Prüfungsbeginn .....	796
3.1.5.1.	Allgemein zu beachtende Vorgaben .....	796
3.1.5.2.	Abgabenerhöhung nach § 29 Abs 6 FinStrG .....	797
3.1.6.	Vorbereitungen, die vor Beginn einer Außenprüfung empfohlen werden .....	798
3.2.	Während der Außenprüfung .....	799
3.2.1.	Prüfungsort .....	799
3.2.2.	Der kommunikative Austausch mit dem Außenprüfer .....	799
3.2.3.	Offenlegungs- und Wahrheitspflicht .....	800

3.2.4.	Von einer § 147 BAO Außenprüfung zu einem finanz- strafrechtlichen Verfahren .....	800
3.3.	Beendigung der Außenprüfung .....	800
3.3.1.	Zeitpunkt der Beendigung .....	800
3.3.2.	Schlussbesprechung und Bericht über das Ergebnis der Außenprüfung .....	801
4.	<b>Finanzstrafrechtliche Prüfung im Zuge einer Außenprüfung</b> .....	803
4.1.	Allgemeines .....	803
4.2.	Zuständigkeiten im Finanzstrafverfahren .....	803
4.3.	Die unterschiedlichen Positionen im BAO- und FinStrG-Verfahren ....	804
5.	<b>Zusammenfassung</b> .....	805

## TEIL II: ALLGEMEINES KONZERNRECHT

### Rechtsgrundlagen des Konzerns – Konzerndefinition und Grundbegriffe

*Christian Knauder*

1.	<b>Grundfragen zum Konzernrecht</b> .....	809
1.1.	Ausgangslage und Konzernpraxis .....	809
1.2.	Zum Gegenstand des Konzernrechts .....	810
1.2.1.	Recht der verbundenen Unternehmen .....	810
1.2.2.	Verfolgung von Konzerninteressen .....	811
1.3.	Motive der Konzernbildung .....	813
1.4.	Grundbegriffe aus dem Konzernrecht .....	814
1.4.1.	Allgemeines .....	814
1.4.2.	Vertragskonzern und faktischer Konzern .....	815
1.4.3.	Einfacher und qualifizierter Konzern .....	815
1.4.4.	Gleichordnungs- und Unterordnungskonzern .....	816
1.4.5.	Holding(-gesellschaft) .....	816
2.	<b>Zu den Rechtsgrundlagen des Konzerns in Österreich</b> .....	817
2.1.	Gesetzliche Ausgangslage .....	817
2.2.	Der gesellschaftsrechtliche Konzernbegriff .....	818
2.2.1.	Grundlegendes .....	818
2.2.2.	Zur Normstruktur von § 15 AktG bzw § 115 GmbHG .....	819
2.2.2.1.	Zur widerleglichen Konzernvermutung iSd § 15 Abs 2 AktG bzw § 115 Abs 2 GmbHG .....	821
2.2.2.2.	Unterschiedliche Stufen möglicher Verbindungen .....	821
2.2.3.	Zu den einzelnen Begriffsmerkmalen .....	821
2.2.3.1.	Rechtlich selbständige Unternehmen .....	822
2.2.3.2.	Wirtschaftliche Zwecke .....	823
2.2.3.3.	Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung .....	824
2.2.3.4.	Beherrschender Einfluss .....	826

<b>3. Gesellschaftsvertrag und Konzern</b> .....	827
3.1. Allgemeines .....	827
3.2. Konzernierungsvorgang und Änderung des Gesellschaftszwecks bzw des Unternehmensgegenstands .....	827
3.3. Arten von Konzernklauseln .....	828
3.3.1. Konzernklauseln herrschender Unternehmen .....	829
3.3.2. Konzernklauseln abhängiger Unternehmen .....	830
3.4. Mehrheitserfordernisse für Beschlüsse zur nachträglichen Aufnahme von Konzernklauseln in den Gesellschaftsvertrag .....	830
3.4.1. AG .....	830
3.4.2. GmbH .....	831
3.4.3. Personengesellschaften .....	831

### **Praktische Anwendung des Arbeitsrechts im Konzern**

*Erich Hierz*

<b>1. Der Konzernbegriff im Arbeitsrecht</b> .....	835
1.1. Allgemeines .....	835
1.2. Der Konzern im arbeitsrechtlichen Kontext .....	835
<b>2. Der Konzern als Arbeitgeber</b> .....	837
2.1. Allgemeines .....	837
2.2. Ermittlung des tatsächlichen Arbeitgebers innerhalb des Konzerngefüges .....	837
2.3. Dienstverhältnisse zu leitenden Angestellten, Geschäftsführern und Vorständen .....	839
<b>3. Besonderheiten des Kündigungsschutzes innerhalb eines Konzerns</b> .....	839
3.1. Allgemeines .....	839
3.2. Anrechnung von Vordienstzeiten im Konzern .....	841
3.3. Besteht seitens des Konzerns eine Pflicht, die Beschäftigungs- möglichkeit im Falle der Kündigung in anderen Konzerngesellschaften zu überprüfen? .....	841
3.4. Besonderer Kündigungsschutz für Führungskräfte in Konzernkonstellationen .....	842
<b>4. Konzernweiter Personaleinsatz</b> .....	843
4.1. Allgemeines .....	843
4.2. Arbeitskräfteüberlassung .....	844
4.2.1. Konzernprivileg im Sinne des AÜG: .....	846
4.3. Entsendungen innerhalb des Konzerns .....	848
4.4. Das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz beim konzernweiten Personaleinsatz .....	849
<b>5. Arbeitnehmerdaten im Konzern</b> .....	850
5.1. Allgemeines: .....	850
5.2. Übermittlung von Arbeitnehmerdaten .....	852
5.3. Konzerninterne Übermittlung in Drittstaaten .....	853
5.4. Die Whistleblower-Richtlinie .....	853



<b>6. Konzernvertretung</b> .....	855
6.1. Das Verfahren zur Errichtung einer Konzernvertretung .....	855
6.2. Konzernbetriebsvereinbarungen .....	857

## **Cash-Pooling im Konzern**

*Alexander Wimmer*

<b>1. Heranführung</b> .....	861
<b>2. Konzernrechtliche Ausgangsgegebenheiten</b> .....	862
<b>3. Grundlegendes zum Cash-Pooling</b> .....	863
3.1. Cash-Pooling als Teil der Konzernfinanzierung sowie andere Arten des Cash-Managements .....	863
3.2. Charakteristika und Struktur des Cash-Poolings .....	864
3.3. Wirtschaftliche und steuerliche Aspekte des Cash-Poolings .....	866
<b>4. Bankaufsichtsrechtliche Belange</b> .....	868
4.1. Allgemeines und Fragestellung .....	868
4.2. Zum Anwendungsbereich des Bankgeschäfts iSd BWG – Meinungsstand .....	868
4.3. Eigene Ansicht .....	870
<b>5. Zivilrechtliche Grundlagen</b> .....	871
5.1. Allgemeines .....	871
5.2. Rechtliche Einordnung des Rahmenvertrags für das Cash-Pooling .....	871
5.2.1. Grundlegende Ausgestaltung und Meinungsstand hinsichtlich der rechtlichen Einordnung .....	871
5.2.2. Konkrete Zahlungsflüsse .....	874
<b>6. Organzuständigkeit bei Maßnahmen iVm Cash-Pooling</b> .....	875
6.1. Vorbemerkung .....	875
6.2. Aktiengesellschaft .....	875
6.2.1. Cash-Pooling-Maßnahmen als Leitungsentscheidungen des Vorstands .....	875
6.2.2. Informations- bzw Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung .....	876
6.3. Gesellschaft mit beschränkter Haftung .....	880
<b>7. Kapitalgesellschaftsrechtliches Gläubigerschutzregime</b> .....	882
7.1. Allgemeines – Kapitalaufbringungs- und Kapitalerhaltungsregelungen als zentrale Pfeiler .....	882
7.2. Konkrete Zurechnungskriterien im Konzern bzw im Unternehmensverbund .....	883
7.3. Kapitalaufbringung .....	886
7.3.1. Allgemeines .....	886
7.3.2. Spannungsverhältnis des effektiven Cash-Poolings zum Recht der Kapitalaufbringung .....	887

7.3.3.	Lösungsmöglichkeiten .....	889
7.3.3.1.	Allgemeines .....	889
7.3.3.2.	Sachkapitalerhöhung/Sachgründung und Bareinlage unter Einhaltung der Sacheinlagevorschriften .....	889
7.3.3.3.	Sonderkonto .....	890
7.3.3.4.	Zugriffs- und Verhinderungsrechte .....	891
7.4.	Kapitalerhaltung .....	891
7.4.1.	Heranführung .....	891
7.4.2.	Parameter für die Beurteilung des Cash-Poolings .....	893

## Verantwortungen und Entscheidungsflüsse im Konzern

*Thomas Ruhm*

<b>1. Grundlagen</b> .....	899
1.1. Rechtliche Grundlagen .....	899
1.2. Konzernrechtliches Trennungsprinzip .....	899
<b>2. Entscheidungsflüsse im Konzern</b> .....	900
2.1. Organe im Konzern .....	900
2.2. Besetzung der Organe .....	900
2.3. Das Recht der Aufsichtsratsmitglieder auf Entsendung gem § 88 AktG .....	901
2.4. Zustimmungsrechte .....	901
2.5. Informationsrechte und -pflichten im Konzern .....	902
2.6. Festlegung der Konzernstrategie .....	903
2.7. Konzernrechnungslegung und Prüfung des Konzernabschlusses .....	903
<b>3. Die konzernrechtliche Verantwortung</b> .....	904
3.1. Einleitung .....	904
3.2. Pflicht zur Einrichtung eines internen Kontrollsystems .....	904
3.3. Haftungsfragen im Konzern .....	905
3.3.1. Gesellschaftsrechtliche Haftung .....	905
3.3.1.1. Einflussnahme auf die Geschäftsführung .....	905
3.3.1.1.1. Einpersonengesellschaft .....	905
3.3.1.1.2. Mehrpersonengesellschaft .....	905
3.3.1.1.3. Spezifika bei einer AG .....	905
3.3.1.1.4. Spezifika bei einer GmbH .....	906
3.3.2. Verbot der Nachteilszufügung/Verpflichtung zum Nachteilsausgleich? .....	906
3.3.2.1. Allgemeine Vorschriften .....	906
3.3.2.2. § 9 Abs 1 Satz 2 EKEG .....	907
3.3.3. Verbot der Einlagenrückgewähr .....	907
3.3.3.1. Allgemeines .....	907
3.3.3.2. Speziell konzernrechtliche Haftungsfragen .....	907
3.4. Durchgriffshaftung .....	908
3.4.1. Allgemein .....	908

3.4.2.	Anwendungsfälle .....	908
3.4.2.1.	Qualifizierte materielle Unterkapitalisierung .....	908
3.4.2.2.	Vermögens- und Sphärenvermischung .....	909
3.4.2.3.	Existenzvernichtender Eingriff .....	910
3.4.2.4.	Haftung der Konzernobergesellschaft durch Doppelmandate .....	910
3.5.	Konzernhaftung im Kartellrecht .....	911
3.6.	Haftung der Konzernobergesellschaft nach § 18 UWG .....	912

**Faktische Geschäftsführung im Konzern –  
Ausgewählte gesellschafts- und steuerrechtliche Aspekte**

*Franz Althuber/Bernhard Rieder*

<b>1.</b>	<b>Allgemeines, Problemstellung und Begriffsdefinition .....</b>	<b>915</b>
<b>2.</b>	<b>Gesellschaftsrechtliche Aspekte der faktischen Geschäftsführung .....</b>	<b>916</b>
2.1.	Erfasster Personenkreis – juristische Personen als faktische Geschäftsführer? .....	916
2.2.	Notwendiger Einfluss auf die Geschäftsführung .....	918
2.3.	Notwendiger Außenauftritt als faktischer Geschäftsführer .....	919
2.4.	Notwendige Verdrängung des bestellten Geschäftsführers .....	920
2.5.	Notwendige Zustimmung der Gesellschafter und Abgrenzung zur Wahrnehmung berechtigter Eigeninteressen .....	921
2.6.	Beispiele für faktische Geschäftsführung .....	922
2.7.	Fehlende Vertretungsbefugnis des faktischen Geschäftsführers .....	924
2.8.	Gesellschaftsrechtliche Pflichten und Haftung des faktischen Geschäftsführers .....	925
2.8.1.	Allgemeines .....	925
2.8.2.	Insolvenz .....	926
2.8.3.	Haftung des faktischen Geschäftsführers gemäß § 25 GmbHG? .....	927
<b>3.</b>	<b>Steuerrechtliche Aspekte der faktischen Geschäftsführung .....</b>	<b>928</b>
3.1.	(Wirksam bestellte) Organe als abgabenrechtliche Pflichtenträger .....	928
3.1.1.	Allgemeines .....	928
3.1.2.	Pflichtenabsicherung durch § 9 BAO .....	929
3.1.3.	Unwirksame Bestellungenakte .....	930
3.2.	Abgabenrechtliche Verantwortlichkeit des faktischen Geschäftsführers ...	932
3.2.1.	Allgemeines .....	932
3.2.2.	Bloße Einflussnahme im Innenverhältnis maßgebend .....	932
3.2.3.	Mindestmaß an Intensität der Einflussnahme? .....	934
3.2.4.	Juristische Personen als zusätzliche Normadressaten? .....	934
3.3.	Faktische Wahrnehmung als finanzstrafrechtlicher Anknüpfungspunkt .....	935

## Finanzierung durch Unternehmenskredit

*Thomas Podlesak*

<b>1. Einleitung – der Kreditvertrag</b> .....	939
<b>2. Darlehen versus Kredit</b> .....	939
<b>3. Wichtige Bestimmungen im Unternehmenskreditvertrag</b> .....	940
3.1. Kreditzweck .....	940
3.2. Bereitstellungsperiode und Auszahlungsbedingungen .....	941
3.3. Entgelte für die Kreditgewährung (Zinsen, Gebühren) .....	941
3.3.1. Zinsen .....	942
3.3.2. Kreditvertragsgebühren .....	944
3.3.3. Partiarisches Darlehen .....	945
3.4. Rückzahlung .....	945
3.5. Kreditsicherheiten .....	946
3.5.1. Pfandrechte bzw Hypotheken .....	946
3.5.2. Sicherungszession .....	947
3.5.3. Bürgschaft und Garantie .....	947
3.5.4. Patronatserklärung .....	948
3.6. Zusicherungen und Gewährleistungen des Kreditnehmers .....	948
3.7. Verpflichtungen des Kreditnehmers .....	951
3.7.1. Informationspflichten .....	951
3.7.2. Umweltrechtliche Verpflichtungen .....	953
3.7.3. Einhaltung von Finanzkennzahlen .....	953
3.7.4. Allgemeine Verpflichtungen des Kreditnehmers .....	953
<b>4. Das (qualifizierte) Nachrangdarlehen</b> .....	956
<b>5. Das Schuldscheindarlehen</b> .....	957

## Ausgewählte Formen der Konzernfinanzierung

*Dominik Kurzmann/Irene Eckart*

<b>1. Einleitung</b> .....	959
<b>2. Einführung in die Vorschriften zur Kapitalerhaltung</b> .....	961
2.1. Allgemeines .....	961
2.1.1. Verbot der Einlagenrückgewähr (§ 82 GmbHG und § 52 AktG) .....	962
2.1.2. Eigenkapitalersatz .....	965
2.1.2.1. Exkurs: Eigenkapitalersatz in der Insolvenz .....	967
2.1.3. Betriebliche Rechtfertigung .....	967
<b>3. Strafrechtliche Aspekte</b> .....	969
3.1. Delikte .....	969
3.2. Haftung .....	970
<b>4. Finanzierungsmöglichkeiten</b> .....	973
4.1. Kreditfinanzierung und konzerninterne Besicherung .....	973

4.1.1.	Konzernfinanzierung im Lichte des Verbots der Einlagenrückgewähr .....	973
4.1.2.	Zinsbemessung .....	976
4.1.3.	Verrechnungspreismethode .....	976
4.1.4.	Vorgehensweise aus Verrechnungspreissicht .....	977
4.2.	„Cash-Pooling“ .....	979
4.2.1.	Nutzen des Cash-Pooling für Unternehmen (Zinsen, Liquidität, Wechselkurs) .....	980
4.2.2.	Generelle Struktur .....	981
4.2.3.	Effektives/Notional Cash-Pooling .....	983
4.2.4.	Zinsbemessung und Verteilung des Zinsvorteils .....	983
<b>5.</b>	<b>Exkurs: Virtuelle Konten</b> .....	<b>985</b>
5.1.	Relevante Aspekte aus Sicht des Kunden .....	986
5.1.1.	Virtuelles Konto als einziges Geschäftskonto? .....	986
5.1.2.	Schuldbefreiende Wirkung von Zahlungen .....	987
5.1.3.	Insolvenzrechtliche Fragestellungen .....	987
5.1.4.	Aufsichtsrechtliche Aspekte einer virtuellen Konten-Lösung für einen zentralisierten Zahlungsverkehr im Konzern .....	988
5.1.5.	Vertragliche Gestaltung – Intercompany Agreement .....	990
5.1.6.	Buchführung und Bilanzierung .....	990
5.2.	Relevante Aspekte aus Sicht der Bank .....	991
5.2.1.	Geldwäsche und KYC: Behandlung virtueller Konten nach dem FM-GwG .....	991
5.2.2.	Konzessionspflicht bei grenzüberschreitenden Fällen .....	993
<b>6.</b>	<b>Checklisten</b> .....	<b>993</b>

**Prüfrechte der internen Bankkonzernrevision  
bei grenzüberschreitenden Sachverhalten –  
zugleich ein Beitrag zu den sachlichen und örtlichen Schranken  
der Konzernrevision nach BWG**

*Nicolas Raschauer/Thomas Stern*

<b>1.</b>	<b>Hintergrund</b> .....	<b>999</b>
<b>2.</b>	<b>Interne Revision – Europäische Rechtsgrundlagen</b> .....	<b>1000</b>
<b>3.</b>	<b>Interne Revision – Österreichische Rechtsgrundlagen</b> .....	<b>1000</b>
<b>4.</b>	<b>Prüffelder</b> .....	<b>1001</b>
<b>5.</b>	<b>Prüf- und Einsichtsrechte</b> .....	<b>1003</b>
<b>6.</b>	<b>Zwischenfazit</b> .....	<b>1005</b>
<b>7.</b>	<b>Konzernrevision und Europäisches Datenschutzrecht</b> .....	<b>1006</b>
7.1.	Allgemeines .....	1006
7.2.	Problemstellung .....	1006

7.3.	Exkurs: Problemannäherung auf Basis höchstgerichtlicher Rechtsprechung .....	1007
7.4.	Europäisches Datenschutz-Primärrecht – Art 7, 8 und 52 GRC .....	1008
7.5.	Europäisches Datenschutz-Sekundärrecht .....	1012
7.5.1.	Im Besonderen: Art 6 Abs 1 lit c und f DSGVO als Rechtsgrundlage des Informationsaustausches in der Bankengruppe .....	1013
7.5.2.	Maßgeblichkeit des EU-Datenschutzrechts in Drittstaaten? ...	1014
7.6.	Zweites Zwischenresümee .....	1015
8.	<b>Zusammenfassung</b> .....	1017

**Von zweiten Chancen und ihren Ecken und Kanten –  
Das Konzept der BRRD zur Sicherstellung der Abwicklungsfähigkeit  
von grenzüberschreitenden Bankengruppen**

*Nicolas Raschauer/Thomas Stern*

1.	<b>Einleitung</b> .....	1019
1.1.	Hintergrund .....	1019
1.2.	Rechtsgrundlagen .....	1020
1.3.	Übersicht .....	1020
2.	<b>Abwicklungsfähigkeit</b> .....	1021
2.1.	Begriff der Abwicklungsfähigkeit .....	1021
2.2.	Bewertung der Abwicklungsfähigkeit .....	1023
2.3.	Abwicklungsfähigkeit als Teil der Abwicklungsplanung .....	1025
2.4.	Hindernisse für die Abwicklungsfähigkeit .....	1027
2.5.	Maßnahmenkatalog zur Beseitigung von Hindernissen .....	1028
2.6.	Eingriffsdeterminanten .....	1030
2.7.	Prudenzielle Zielkonflikte .....	1032
3.	<b>Gruppenabwicklungsplanung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten</b> .....	1034
3.1.	Übersicht .....	1034
3.2.	Grundkonzept .....	1035
3.3.	Verfahrensebenen .....	1036
3.4.	Exkurs: Rolle des Single Resolution Board .....	1041
4.	<b>Grundrechtliche Aspekte</b> .....	1041
4.1.	Allgemeines .....	1041
4.1.1.	Abwicklungsplanung und Eigentumsfreiheit (Art 17 iVm Art 52 GRC) .....	1043
4.1.2.	Erwerbs- und Unternehmensfreiheit (Art 16, 52 GRC) .....	1045
5.	<b>Conclusio</b> .....	1046

## Vereinskonzern

*Martin Miernicki*

<b>1. Einführung</b> .....	1051
<b>2. Allgemeines zum Verein</b> .....	1051
2.1. Begriff und Zweck .....	1051
2.2. Beteiligungen, Ausgliederungen und Umgründungen .....	1052
2.3. Vereinsrechtliche Verbindungen von Vereinen .....	1053
<b>3. Konzernbegriff</b> .....	1054
<b>4. Zur „Konzernfähigkeit“ des Vereins</b> .....	1055
<b>5. Konzerne und vereinsrechtliche Zusammenschlüsse</b> .....	1057
5.1. Allgemeines .....	1057
5.2. Normativer Gehalt der Definitionen .....	1058
5.3. Einheitliche Leitung, Unter- und Überordnung .....	1058
5.4. Wechselseitige Pflichten zwischen den beteiligten Rechtsträgern .....	1061
<b>6. Der beherrschte Verein</b> .....	1062
6.1. Allgemeines zu den Beherrschungsinstrumenten beim Verein .....	1062
6.2. Die einzelnen Beherrschungsinstrumente .....	1065
6.2.1. Einfluss auf die Organe des Untervereins .....	1065
6.2.2. Personelle Verflechtungen .....	1066
6.2.3. Einfluss auf die Mitglieder des Untervereins .....	1068
6.2.4. Einfluss auf die Statuten und den Bestand des beherrschten Vereins .....	1070
6.2.5. Beendigung der Assoziation .....	1071
6.2.6. Sonstige Instrumente .....	1072
<b>7. Der herrschende Verein</b> .....	1073
7.1. Allgemeines .....	1073
7.2. Pflichten des Leitungsorgans des herrschenden Vereins .....	1073
7.3. Stellung der Mitglieder des herrschenden Vereins .....	1076
<b>8. Zusammenfassung</b> .....	1077

## Die beherrschte Personengesellschaft im Konzern

*Alice Meissner*

<b>1. Einführung</b> .....	1079
<b>2. Schranken der Konzernfähigkeit und der Konzern- gestaltungsmöglichkeiten</b> .....	1080
2.1. Schranken der Konzernfähigkeit .....	1080
2.1.1. Voraussetzung der Unternehmereigenschaft .....	1080
2.1.2. Voraussetzung der Selbstständigkeit .....	1081
2.2. Konzerngestaltungsmöglichkeiten und ihre Schranken .....	1082
2.2.1. Formen der Abhängigkeit einer Personengesellschaft .....	1082
2.2.2. Grundsatz der Selbstorganschaft .....	1083

## Inhaltsverzeichnis

---

2.2.3.	Erweiterung der Informationsrechte und -pflichten .....	1084
2.2.4.	Zweckförderungspflicht und Treuepflicht .....	1085
2.2.5.	Verlustausgleichsanspruch der beherrschten Personengesellschaft .....	1086
<b>3.</b>	<b>Der Gläubigerschutz bei der GmbH &amp; Co KG .....</b>	<b>1088</b>
	Stichwortverzeichnis .....	1093